

Kompromiss im Streit um eine Botschaft in Eritrea

Neue Zahlen des Bundesrates zeigen, dass die Eröffnung einer Botschaft in Asmara pro Jahr bis zu 750 000 Franken kosten würde. Nun schlagen Bürgerliche eine andere Lösung vor

VON LORENZ HONEGGER

Der abtretende Aussenminister Didier Burkhalter (FDP) hatte keine Chance. Gegen seinen erbitterten Widerstand stimmte im Sommer eine Mehrheit von 140 Nationalräten für die Eröffnung einer Schweizer Botschaft in Eritrea, sogar acht SP-Vertreter waren für den Vorstoss der SVP. Übernächste Woche entscheidet die aussenpolitische Kommission (APK) des Ständerats. «Das Ziel muss sein, dass wir alle Eritreer wieder in ihr Heimatland zurückschicken können», sagt APK-Mitglied und FDP-Ständerat Philipp Müller.

Die wenigsten Parlamentarier würden es so drastisch ausdrücken wie der Aargauer, doch in der Stossrichtung gehen die meisten mit ihm einig: Die Schweiz braucht ein Rückübernahmeabkommen für abgewiesene Asylsuchende aus Eritrea, jenem Land, aus dem die Schweiz am meisten Gesuche verzeichnet. Bessere diplomatische Beziehungen sollen nun den Weg zum Abkommen bereiten.

Das Aussendepartement (EDA) von Noch-Bundesrat Burkhalter stellt sich aber weiterhin quer. Die Behörde sieht keinen Sinn darin, eine Botschaft zu eröffnen, solange das eritreische Regime in Menschenrechts- und Migrationsfragen keine Gesprächsbereitschaft zeigt. Kein einziges Land habe heute ein Rückübernahmeabkommen mit Eritrea, betont eine Sprecherin. Auch jene nicht, die in Asmara eine Botschaft hätten.

Eine Million für die Eröffnung

Gegenüber der «Schweiz am Wochenende» legt das EDA offen, wie stark eine Botschaft den Staatshaushalt belasten würde: Die Eröffnungskosten würden sich auf rund eine Million Franken belaufen, die jährlichen Betriebskosten auf 500 000 bis 750 000 Franken. Eine schöne Stange Geld für ein vergleichsweise unbedeutendes ostafrikanisches Land. Bis die eritreischen Behörden grünes Licht für eine Botschaft gäben, würde es laut EDA eineinhalb bis zwei Jahre dauern.

Aussenpolitiker des Ständerates signalisieren nun erstmals Kompromissbereitschaft. Der Solothurner CVP-Vertreter Pirmin Bischof sagt, er habe «sehr viel Verständnis» für die Motion des Nationalrates. «Ob es eine Botschaft, ein Konsulat oder eine andere

Form einer diplomatischen Vertretung braucht, muss man prüfen.» Die ständerätliche APK könnte seiner Meinung nach den Wortlaut der SVP-Motion abändern oder falls nötig einen komplett neuen Vorstoss formulieren. Er hoffe, dass sich der neu gewählte FDP-Aussenminister Ignazio Cassis offener zeige als Vorgänger Burkhalter. Im Nationalrat stimmte der Tessiner für den Vorstoss der SVP.

FDP-Ständerat Damian Müller (LU) will die Frage, ob es einen vollamtlichen Botschafter oder lediglich einen diplomatischen Mitarbeiter für Eritrea braucht, «dem Handlungsspielraum des Bundesrates überlassen». Sein Par-

tei- und Ratskollege Philipp Müller findet: «Es könnte auch ein Konsulat sein.»

Zu Gast bei einem anderen Staat

Selbst die SVP zeigt sich gesprächsbereit. Maximilian Reimann (SVP/AG), der die Fraktionsmotion im Nationalrat vertreten hatte, sagt, die Partei könne auch mit einer permanenten diplomatischen Vertretung statt mit einer Botschaft leben. «Das könnte etwa unter einem Dach mit einem anderen Land sein.»

Wie Recherchen zeigen, gibt es entsprechende Offerten befreundeter Länder. Schon heute teilt sich die

Schweiz mit Österreich einen Honorarkonsul in Asmara.

In einem ersten Schritt möchte das Departement seine Anstrengungen in der Entwicklungshilfe ausbauen. Die Projekte sollen zeigen, wie kooperativ sich die eritreischen Behörden verhalten. Diesen Donnerstag teilte die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit mit, dass sie erstmals seit 2006 ihr Engagement für die Entwicklungshilfe wieder ausbaut, nachdem sie sich aufgrund grosser Probleme mit der Regierung zurückgezogen hatte. Vorgesehen ist die Unterstützung von zwei Berufsbildungsprojekten.



Asmara, Hauptstadt Eritreas: Von hier flüchten jedes Jahr Tausende Menschen in die Schweiz.

Getty Images

Bundesplatz



Der designierte US-Botschafter für die Schweiz, **Ed McMullen**, darf sich freuen: Seine künftigen Mitarbeiter in Bern haben die Online-Auktion von nicht mehr benötigten Gegenständen abgeschlossen. Zur Versteigerung standen alte Kaffeemaschinen, Bildschirme, aber auch Röntgenmaschinen aus dem Botschaftsgebäude. Alles in allem kamen so bis zum Freitagmorgen um neun Uhr knapp 500 Franken zusammen. Sehr weit wird dieses Geld nicht reichen, wenn man nur schon bedenkt, wie viele Empfänge die Amerikaner jedes Jahr veranstalten.

Erst zog die «Weltwoche» den Zorn der Linken auf sich, als Roger Köppel übernahm. Dann die «Basler Zeitung», als der Einstieg von Christoph Blocher bekannt wurde. Nun ist die «NZZ» ins Sperrfeuer von links geraten. Diese Woche gleich zweimal: Erst schoss die «Wochezeitung» eine Breitseite gegen die FDP-nahe Zeitung ab, darauf folgte ein Protestbrief von rund 80 linken und linksliberalen Uni-Dozenten, die bei der «NZZ» eine «politische Öffnung am rechten Rand» wittern. Doch ist die Sache so eindeutig? Die «NZZ» musste nämlich auch von rechts Kritik einstecken. «Weltwoche»-Verleger **Roger Köppel** warnt in der aktuellen Ausgabe vor dem EU-Rahmenvertrag und schreibt: «Unternehmer und Manager aufgepasst: Euer Hausblatt NZZ liegt falsch.»

Treffsicher zeigte sich gestern der «Tagess-Anzeiger». Er verglich das Votum von Nationalratspräsident **Jürg Stahl** zum Ende der Session mit der Abschlussstatistik der Bündner Behörden zum Ende der Jagdsaison. Stahl sagte: «Sie haben in dieser Session 117 Interpellationen, 65 Motionen, 16 Postulate und 145 Fragen für die Fragestunde eingereicht.» In Graubünden klinge es sehr ähnlich, resümierte der (Bündner) «Tag»-Redaktor: Dort seien bei der kürzlich zu Ende gegangenen Hochjagd 3501 Hirsche, 3022 Gämsen, 3393 Rehe geschossen worden.

Im Buch «Politiker und ihr anderes ich» gewähren 20 Bundesparlamentarier Einblicke in ihr Inneres. Beim Lebensmotto sind sie nicht gefeit vor Plattitüden. **Pirmin Bischof**: «Dä brings.» **Thomas Hurter**: «Das Glas ist halb voll, statt halb leer.» «Keine Probleme machen, die keine sind»: **Christa Markwalder**.

Adrian Amstutz tritt als SVP-Fraktionschef zurück

Die Partei sucht einen Nachfolger, der die Demokratie verteidige

Zur Halbzeit der laufenden Legislatur legt der Berner SVP-Nationalrat Adrian Amstutz das Amt als Fraktionschef seiner Partei in neue Hände. Für den Nachfolger oder die Nachfolgerin bleiben die Themen Zuwanderung und die Beziehungen zur EU zentral.

Mit dem Stabwechsel im kommenden November wolle er im Hinblick auf die Eidgenössischen Wahlen von 2019 rechtzeitig die Ablösung sicherstellen, sagte Amstutz am Freitag vor den Medien in Bern. «Ein guter Chef hinterlässt keine Lücken.»

Seine Nachfolge, die am 17. November gewählt wird, müsse bis 2019 auf dem Posten «etabliert, respektiert und akzeptiert» sein. Diese Einarbeitung

brauche Zeit. Nur so könne der Fraktionschef im Wahlkampf und im Vorfeld der Bundesratswahl nach den Wahlen seine wichtige Rolle wahrnehmen.

Altersguillotine wirkt

Bei den kommenden Wahlen will der Berner nach dann vier absolvierten Legislaturen nicht mehr für einen Sitz im Parlament antreten. Er respektiert damit eine Amtszeitbeschränkung seiner Kantonalpartei. Er bleibe aber weiterhin im Parteileitungsausschuss der SVP.

«Wir verlieren einen starken und geschätzten Fraktionschef», würdigte Parteipräsident und Nationalrat Albert Rösti (BE) seinen Parteikollegen, welcher der Volkspartei seit 2012 als Fraktionspräsident vor-

stand. Andere Kräfte würden nun aber nachstossen.

In den nächsten Jahren geht es für die SVP gemäss Chef-Strategie Christoph Blocher um die Gretchenfrage: «Wer steht noch zur Schweiz und wer nicht.» Es gelte, die direkte Demokratie zu verteidigen.

Der Volkswille sei in den vergangenen Jahren von Bundesrat, Parlament und jüngst auch von den Gerichten missachtet worden, sagte Blocher weiter. Er spielte damit auf einen Entscheid des Bundesgerichts an, das völkerrechtliche Verpflichtungen der Schweiz über das Landesrecht stellte. Der Kampf gegen die «Abschaffung der direkten Demokratie» werde in den kommenden zwei Jahren im Zentrum stehen. (SDA)

INSERAT

Maag
Wirkt.

«DANK DEM NATÜRLICHEN WASSERSPEICHER MUSS ICH WENIGER GIESSEN.»

Das poröse Ton-Granulat sorgt für einen optimalen Wasserhaushalt. Der Giessanzeiger erinnert Sie daran, Ihre Pflanzen zu giessen. Und mit den Seramis-Düngern sind sie jederzeit optimal versorgt. Seramis - das Komplett-System für gesunde Pflanzen.

www.maag-garden.ch/seramis